

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

An den
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Rheinland-Pfalz
Postfach 1565
55005 Mainz

Wahlprüfsteine

Mainz, 18. Januar 2016

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender
FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrte Frau Yacoub,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Dezember 2016 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

1. Schutz von Artenvielfalt, Biotopverbund, nachhaltige Waldwirtschaft

- Welche Maßnahmen zur Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservats unterstützen Sie und wie wollen Sie in RLP eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung weiterentwickeln?
- Welche Schritte unternehmen Sie um den Biotopverbund zu verbessern und wie stellen Sie sich vor dem Hintergrund der sog. Schuldenbremse die weitere Förderung des Naturschutzes im Land vor?

Aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz ist Naturschutz ein Querschnittsanliegen der ganzen Gesellschaft. Da er tief in die Rechte und Entwicklungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger eingreift, im positiven wie im negativen Sinne, ist eine partnerschaftliche Vorgehensweise unabdingbar. Die FDP Rheinland-Pfalz hält Naturparks und Biosphärenreservate für ökologisch und ökonomisch sinnvoll, wo diese gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort entwickelt und konzipiert werden.

Die Energiewende hat dazu geführt, dass Holz als Energieträger steigende Bedeutung hat. Kaminöfen die vor allem Holz nutzen, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, was zu einer stärkeren Nachfrage führt und damit einen Anreiz für eine intensivere Nutzung der Wälder schafft. Aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz ist es im Sinne eines nachhaltigen Naturschutzes dringend erforderlich, die Auswirkungen der Energie auf Umwelt und Natur genau zu analysieren. Auch der Ausbau der Windenergie erfolgt zunehmend zu Lasten des Natur- und Umweltschutzes, etwa wenn Windkraftanlagen in Waldregionen oder andere ökologisch wertvollen Gebieten aufgestellt werden.

Die Zerstückelung des ländlichen Raumes durch die zahlreichen Windkraftanlagen macht den Ausbau eines umfassenden Biotopverbundes deutlich schwerer, da auch Windräder für die Natur ein erheblicher Störfaktor sein können. Aus Sicht der FDP Rheinland-Pfalz ist es daher wichtig, die Energiewende in Rheinland-Pfalz ökologischer auszurichten, damit sie nicht zu einem ökologischen Rückschritt wird.

Der Naturschutz ist nicht verantwortlich für die Probleme im Landeshaushalt, deshalb führen Kürzungen in diesem Bereich auch zu keiner Antwort auf die haushaltspolitischen Probleme des Landes. Eine wesentliche Ursache für die finanzielle Krise des Landes waren die zahlreichen Prestigeprojekte und Pleiten der Landesregierung, wie zum Beispiel der Freizeitpark am Nürburgring. Eine solide Wirtschaftspolitik, welche die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass Unternehmen in Rheinland-Pfalz investieren und somit Arbeitsplätze entstehen, trägt dazu bei, dass auch die für den Naturschutz benötigten Mittel erwirtschaftet werden können.

2. Energiewende, Klimaschutz und Mobilität

- Wie stellen Sie sich die weitere Gestaltung der Energiewende und den Ausbau sowie die Steuerung der Erneuerbaren vor und welche Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Sie anstoßen?
- Welche Initiativen wollen Sie für eine vorrangige Förderung von Fuß-Rad-Bus- und Bahnsystemen in unseren Städten und in der Fläche ergreifen und wie stehen Sie zu den umstrittenen Großprojekten A643 durch den Mainzer Sand, A1, B10, Rheinbrücke Wörth, Mittelrheinbrücke?

Die FDP Rheinland-Pfalz tritt für eine Rückbesinnung auf Markt und Wettbewerb in der Energiepolitik ein. Dies gilt auch in Bezug auf die Förderung der erneuerbaren Energiequellen, deren dirigistisches und interventionistisches Fördersystem inzwischen eine Kostenlawine verursacht hat. Die zentrale Aufgabe des Staates ist es, einen verlässlichen ordnungspolitischen Rahmen zu setzen.

Jede neue nach diesem System geförderte Energieanlage begründet Förderansprüche für die kommenden 20 Jahre. Das EEG belastet heute Stromverbraucher mit über 23 Milliarden EUR pro Jahr mit steigender Tendenz. Es hat sich als kostenineffizient erwiesen und muss deshalb schnellstmöglich beendet werden. Ein neues Fördersystem muss in den Bereichen, in denen weiterhin Subventionsbedarf besteht, dem Grundsatz der Technologieneutralität entsprechen und als Markteinführungshilfe zeitlich eng begrenzt werden.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss künftig streng mit dem Netzausbau gekoppelt sowie an die Verfügbarkeit von Speichern angepasst werden. Das bedeutet, dass künftig eine Förderung neuer Anlagen von der Anschlussmöglichkeit an das Stromtransportnetz abhängig gemacht werden muss.

Forschung und Entwicklung auf dem Feld der Energietechnologien müssen wieder ins Zentrum der Energiepolitik gerückt werden. Dies gilt für die Bundes- wie auch für die Landesebene. Hierzu gehört auch verstärkte Suche nach dringend benötigten Speichertechnologien. Die technologischen Herausforderungen sind

gewaltig: Sie betreffen den Aufbau von intelligenten Stromnetzen ebenso wie die Verknüpfungsmöglichkeiten der Energieträger durch Power-to-Gas- oder Power-to-Heat-Technologien und schließlich die Weiterentwicklung von Technologien der Kraft-Wärme-Kopplung. Nicht zuletzt können derartige, gegebenenfalls zu virtuellen Kraftwerken verbundene Anlagen, zur Leistungssicherung im Gesamtsystem beitragen.

Die verpflichtende Direktvermarktung von Strom aus EEG-Anlagen sollte für sämtliche Neuanlagen und nicht nur für größere Anlagen gelten. Die Vollkaskoabsicherung für EEG-Anlagenbetreiber muss umgehend beendet werden. Hierdurch werden die erneuerbaren Energien in den Wettbewerb entlassen und die Investitionsbedingungen für dringend erforderliche neue Gas- und Kohlekraftwerke verbessert. Zudem muss für künftig errichtete Anlagen der Grundsatz gelten: Wer keine gesicherte Leistung anbietet und die öffentlichen Stromnetze in Anspruch nimmt, muss sich auch an den zusätzlichen Netz- und Reservekosten beteiligen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich im Rahmen der Energiewende zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 den im gesamten Bundesland verbrauchten Strom durch erneuerbare Energiequellen zu erzeugen. Die Hauptlast bei der Umsetzung dieser Planung wird hierbei der Windenergie zugewiesen. Aktuell sind in Rheinland-Pfalz 1360 Windkraftanlagen installiert. Ihre Zahl soll sich bis 2020 mehr als verdoppeln. In weiten Bereichen sind die Grenzen der Belastbarkeit der Bevölkerung und deren Akzeptanz der Windenergienutzung längst überschritten. Die FDP Rheinland-Pfalz lehnt das Ziel ab, bis 2030 den gesamten im Bundesland verbrauchten Strom durch erneuerbare Energiequellen zu erzeugen und hier insbesondere der Windenergienutzung eine tragende Rolle zuzuweisen.

Die Landesregierung schreibt zwar im Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV die Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung von Windkraft vor, dies ist allerdings nicht mit einer Ausschlusswirkung für die übrigen Landesflächen verbunden. Im Rahmen der kommunalen Flächennutzungsplanung besteht die Möglichkeit der Festlegung von Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung. Hierüber entscheiden die Kommunen. Die FDP Rheinland-Pfalz fordert zum geordneten Ausbau der Windenergie in Rheinland-Pfalz die Ausweisung von Vorranggebieten im Rahmen des LEP IV und in den regionalen Raumordnungsplänen, verbunden mit dem Ausschluss für alle anderen Flächen. Hierbei ist auf eine Konzentration großer Windparks auf zahlenmäßig begrenzte Flächen, z.B. auf Konversionsflächen oder auf 300 m breiten Korridoren entlang den

Autobahnen hinzuwirken, um einer „Verspargelung“ der Landschaft entgegen zu wirken. Eine Dezentralisierung der Standorte – wie von der Landesregierung vorgesehen – führt zwangsläufig zu einer Zerstörung des Landschaftsbildes.

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger müssen die Abstandsgrenzen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung nach dem Grundsatz Höhe des Windrades mal 10 (10H) erweitert werden. Dieser Grundsatz ist gesetzlich verbindlich zu regeln.

Energieeinsparung ist häufig deutlich kostengünstiger, als der Zubau von neuen Energieanlagen. Dies gilt insbesondere für den Wärmemarkt. Investoren halten aktuell Energiesparmaßnahmen zurück, so lange die Diskussion über die mehrfach angekündigte steuerliche Förderung anhält. Es ist daher dringend erforderlich, die steuerlichen Maßnahmen z.B. für die energetische Gebäudesanierung mit ihrem enormen und vergleichsweise kostengünstig zu erschließenden Einsparpotential nun endlich umzusetzen.

Gute Straßen – auch kommunale Straßen in Städten und Gemeinden, wo die Förderung mit Entflechtungsmitteln fortzusetzen ist – sind auch Grundlage für einen leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr mit Bussen vor allem in der Fläche. Wir sehen unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung die Notwendigkeit, den ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge attraktiv und leistungsfähig zu gestalten.

Dabei bleibt der schienengebundene ÖPNV mit dem von früheren FDP-Verkehrsministern entwickelten Rheinland-Pfalz-Takt das Rückgrat. Im ländlichen Raum mit einer nicht so dichten Besiedlung und einem teilweise rückläufigen Schülerverkehr fordern wir verstärkte Anstrengungen zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit und zur Verbesserung der Angebote unter anderem durch gute Verknüpfungen zwischen Bus und Bahn.

Wir sehen insbesondere in

- der Flexibilisierung der ÖPNV-Angebote durch Anruf-Sammeltaxen, nachfrageorientierte und flexible Bedienung von Haltestellen,
- der Förderung des ehrenamtlichen Engagements bei Bürgerbussen

Möglichkeiten, Formen des Semi-ÖPNV schneller voranzutreiben, damit eine ÖPNV-Grundversorgung auch unter erschwerten Rahmenbedingungen aufrecht erhalten bleiben kann. Um die Wirtschaftlichkeit im ÖPNV zu verbessern, fordert die FDP, der ÖPNV-Organisationen zu konzentrieren, und eine Überprüfung der Aufgabenträgerschaft im Schienenpersonennahverkehr.

Studierende und Auszubildende im Flächenland Rheinland-Pfalz sollen unabhängig vom Zuschnitt des örtlichen Verkehrsverbundes ein Ticket erwerben können, das die Nutzung des Schienenverkehrs im ganzen Bundesland ermöglicht.

Die FDP Rheinland-Pfalz steht für eine Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, die den Mobilitätsbedürfnissen einer modernen Gesellschaft sowie einer dynamischen Wirtschaft Rechnung trägt.

3. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz

- Wie wollen Sie die heimische ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft stärken, damit diese gegenüber der globalisierten agrarindustriellen Produktion eine Existenzchance behält?

Rheinland-Pfalz braucht heute und in der Zukunft eine Landwirtschaft, die ihre Chancen am Markt sucht, die wettbewerbsfähig und nachhaltig wirtschaftet, um die großen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Diese Herausforderungen ergeben sich einerseits aus der Deregulierung der Agrarmärkte und der zunehmenden Globalisierung der Wirtschaft, die den Standortwettbewerb weiter verschärfen. Schwankende Agrarmärkte und höhere Preisausschläge nach oben und unten sind die Folge. Insbesondere für die Mittelgebirgsstandorte wird dies den Druck auf die landwirtschaftlichen Betriebe weiter erhöhen und die flächendeckende Landbewirtschaftung gefährden. Andererseits muss die rheinland-pfälzische Landwirtschaft auch dabei mitwirken, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, erneuerbare Energien bereitzustellen, den weiter steigenden Anforderungen an den Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz gerecht zu werden, das Wassermanagement zu verbessern und einen stärkeren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt zu leisten. Nicht zuletzt muss sie ihre Strukturen kontinuierlich verbessern – die elementare Voraussetzung, um im Wettbewerb zu bestehen.

Die rheinland-pfälzischen Landwirte brauchen deshalb eine Agrarpolitik, die ihnen eine flächendeckende, leistungsfähige Nahrungsmittelerzeugung bei gleichzeitiger möglichst weitgehender Schonung der Ressourcen ermöglicht. Und Rheinland-Pfalz braucht auch in Zukunft eine aktive Politik für seine vielfältigen, lebenswerten ländlichen Räume, mit der Strukturanpassungen unterstützt, Kulturlandschaften erhalten und die Lebens-, Umwelt- und Wirtschaftsqualität der ländlichen Räume im Lichte des demografischen Wandels einerseits und einer modernen Infrastruktur, zeitgemäßer öffentlicher Daseinsvorsorge einschließlich einer leistungsfähigen digitalen Versorgung (Breitbandausbau) weiterentwickelt, aber auch neue Einkommensquellen und Arbeitsplätze erschlossen werden können. Eine finanziell gut ausgestattete „1. Säule“ der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Gewährung von Direktzahlungen sowie eine starke „2. Säule“ für die Verbesserung der Agrarstrukturen und die Förderung einer zukunftsorientierten, nachhaltigen ländlichen Entwicklung sind daher wichtige Instrumente, die auch künftig erforderlich sind. Nach dem Vorbild des aktuellen ländlichen Entwicklungsprogramms „Umweltmaßnahmen, Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährung“ (EULLE) mit seiner breiten Maßnahmenpalette ist auch in der laufenden EU-Förderperiode 2014 bis 2020 ein Rahmen verfügbar, um die genannten Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Die Ausgestaltung der erforderlichen Maßnahmen für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung muss dabei auch künftig auf Landesebene verbleiben. Deshalb ist auf eine verlässliche und starke Finanzierung der Maßnahmen mit EU-, Bundes- und Landeshaushaltsmitteln besonders zu achten. Die finanzielle Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft und Weinbau einerseits und des Landeshaushalts andererseits darf nicht überstrapaziert werden. Insofern müssen für Maßnahmen zur Bewältigung der neuen Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes, der Artenvielfalt, des Wassermanagements einschließlich des Hochwasserschutzes und der erneuerbaren Energien künftig größere Anteile der Kosten aus EU- und Bundeshaushaltsmitteln finanziert werden.

4. Wirtschaft, Bildung, Demokratie

- Welche Schritte unternehmen Sie zu fairen, transparenten Handelsbeziehungen statt TTIP, TISA und CETA und wie wollen Sie in RLP eine nachhaltige Regionalentwicklung stärken sowie eine breite ökologische Bildung?
- Welche Initiativen ergreifen Sie für eine verbesserte Bürger*innenbeteiligung an politischen Entscheidungen, für Transparenz

und Teilhabe in der Wirtschaft und für eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements?

Die Fragestellung suggeriert, dass Freihandelskommen per se ein Widerspruch zu fairen und transparenten Handelsbeziehungen seien, diese Auffassung teilt die FDP Rheinland-Pfalz nicht. Wir sind der Überzeugung, dass es möglich ist, im Dialog mit den Vereinigten Staaten die noch offenen Probleme zu lösen. Eine Renationalisierung der Wirtschaft hält die FDP Rheinland-Pfalz für wenig erfolgversprechend und wohlstandsgefährdend.

Wir sind für eine nachhaltige Regionalentwicklung und fordern deshalb den Ausbau der digitalen Infrastruktur und des Verkehrsnetzes. Ein guter Anschluss der Regionen an das Infrastrukturnetz ist die Voraussetzung für die wirtschaftlichen Entwicklungen und damit die gesellschaftliche Teilhabe des ländlichen Raumes. Nicht nur die Menschen in den Städten, auch die auf den Dörfern haben einen Anspruch darauf, am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben. Arbeits- und damit Ausbildungsplätze entstehen aber nur dort, wo die notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Der Ausbau der Infrastruktur in Rheinland-Pfalz ist daher für die FDP weit mehr als ein Verkehrsprojekt, er dient der sozialen- und Chancengerechtigkeit im Land.

Die Ökologie nimmt schon heute einen hohen Stellenwert im Bereich der Bildung ein. Wir wollen die Umweltbildung in Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den relevanten gesellschaftlichen Gruppen weiter ausbauen und dazu beitragen, dass das Bewusstsein für Umwelt und Natur zu einem festen Bestandteil unserer Kultur wird.

Die FDP Rheinland-Pfalz unterstützt den Ausbau und die Förderung der Bürgerbeteiligung. Überall wo mehr Partizipation sinnvoll ist und zielführend umgesetzt werden kann, sollte dies auch erfolgen. Der eigenverantwortliche Bürger ist ein Kernelement des Liberalismus. Wo immer die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung übernehmen wollen, ist die FDP bereit dazu beizutragen, dass der Staat sich zurücknimmt. Unser Leitbild ist der mündige Bürger, nicht der bevormundete.

Ein ganz wesentliches Merkmal des zivilen Engagements ist, dass es sich nicht am Staat orientiert, sondern direkt aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Der Staat sollte vor allem dafür Sorge tragen, dass die Entwicklung des zivilen Engagements

nicht durch bürokratische Vorschriften erschwert oder gar verhindert wird. Eine Vereinnahmung oder gar eine Beeinflussung des bürgerschaftlichen Engagements durch den Staat lehnt die FDP Rheinland-Pfalz ab. Nicht der Staat, sondern die Bürgerinnen und Bürger entscheiden sich wie, wofür und an welcher Stelle sie sich engagieren wollen.

Mit freundlichen Grüßen

